

Stephan T. Reichel

1. Vorsitzender

Königstr. 79, 90402 Nürnberg

mobil: ++49 (0) 15125294434 , e-mail: stephan.reichel@matteo-asyl.de

Offener Brief

Bundesinnenministerin Nancy Faeser

Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Ministerin Faeser,

seit längerem erhalten wir fast täglich Berichte über schwere Straftaten bulgarischer Polizisten und Gefängnisbeamter an syrischen und afghanischen Flüchtlingen. Was die Betroffenen erzählen, ist kaum auszuhalten. Gleichzeitig steigen in Ihrer Verantwortung die Abschiebungen aus Deutschland in dieses Land.

Am Rande Europas, dort wo Sie neue Aufnahmezentren planen, werden Menschen- und Flüchtlingsrechte mit Füßen getreten. Wir legen Ihnen heute einen Bericht vor mit zunächst 25 Fällen aus 2022 und 2023. Weitere hundert Reports haben wir verfügbar. Alle betroffenen Menschen berichten von schwerster Gewalt bei der Verhaftung nahe der Grenze oder in Sofia, Inhaftierung in grauenhaften Gefängnissen in Bosmanski (Sofia) und Hermenli an der türkischen Grenze. Die Berichte sind konsistent, glaubwürdig und bestätigen durchgängig und ohne Ausnahme schwerste Übergriffe, Gewalttaten und Misshandlungen.

Die Behandlung der gefangenen Flüchtlinge erinnert an den Beginn düsterster Zeiten der deutschen Geschichte.

„Das ist nicht Europa“, sagt der junge Afghane, der nach der gescheiterten Evakuierung auf eigene Faust nach Deutschland geflohen ist. „Die sind schlimmer als die Taliban.“ „Lieber gehe ich zu Assad zurück, als nach Bulgarien“, schließt ein syrischer Flüchtling aus Aleppo sein Interview ab, in dem er von Fußtritten an den Kopf und in die Nieren berichtet, als er gefesselt am Boden lag.

Das Bamf kennt die Vorgänge in Bulgarien aus eigenen Befragungen und Interviews genau, aber behauptet in den Antworten auf unsere kirchlichen Dossiers, sie wüssten von nichts.

Wir müssen davon ausgehen, dass die Misshandlung, oft Folter, von Geflüchteten, systematisch betrieben und von den bulgarischen Behörden und der Regierung geduldet wird. Das überforderte und fremdenfeindliche Bulgarien will die Flüchtlinge nicht, aber wird von Deutschland gezwungen, sie zurückzunehmen.

Mindestens so gravierend ist es, dass die erschütternden Erzählungen der Opfer von deutschen Beamten im Bamf ignoriert, verschleiert oder sogar gut geheißen werden.

Wir hoffen und gehen davon aus, dass weder Sie, Frau Ministerin, noch der Bundeskanzler, vom Bamf über das Ausmaß der Übergriffe und der kriminellen Handlungen der bulgarischen Polizisten informiert wurden.

Wir prüfen, ob das Verhalten des Bamf und dessen Leitung strafrechtliche Relevanz hat. Politisch und dienstrechtlich ist sicher Handlungsbedarf.

Wir werden noch diese Woche Strafanzeige gegen die zahlreichen bulgarischen Täter beim Generalstaatsanwalt in Sofia stellen.

Wir bitten Sie, den Bericht, den wir heute noch an die deutschen und bulgarischen Medien geben, sehr ernst zu nehmen und die Abschiebungen nach Bulgarien umgehend auszusetzen.

Ihre Regierung ist angetreten, einen humanitären und ökonomischen Paradigmenwechsel in der Asylpolitik umzusetzen. Abschiebungen von eindeutig Schutzberechtigten in ein Land, das europäische Werte mit Füßen tritt, passen dazu nicht.

Mit freundlichen Grüßen

München/Nürnberg, 14.05.2023

